

Protokoll der 6. Kernarbeitsgruppensitzung am 02.11.2009

Ort: Bürgerhaus Wilhelmsburg

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesende:

Stefan Benzing (*Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt*)
Helmut Biljes (*Verein Kirchdorfer Eigenheimer*)
Markus Birzer (*Politik- und Unternehmensberatung Markus Birzer*)
Volker Böhm (*Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt*)
Rainer Böhrnsen (*Runder Tisch Moorburg*)
Johannes Bouchain (*Superurban PR*)
Ralf Buck
Ralf-Dieter Fischer (*CDU-Bezirksfraktion Hamburg-Harburg*)
Klaus Franke (*Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt*)
Jasmin Garlipp (*SGM Am Radeland e.V./BI Lärm macht krank Harburg*)
Wigand Gilberz (*DB Netz AG*)
Jens Hardel (*Stadtteilbeirat Veddel*)
Renate Hercher-Reis (*DIE LINKE-Bezirksfraktion Hamburg-Mitte*)
Carola Hoffenreich (*Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt*)
Dirk Holm (*Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.*)
Wolfgang Hüber
Anja Keuchel
Hans-Christian Lied (*IBA Hamburg 2013 GmbH*)
Klaus Lübke (*SPD-Bezirksfraktion Hamburg-Mitte*)
Hans-Jürgen Maass
Karin Meise
Norbert Nähr (*Superurban PR*)
Dr. Michael Osterburg (*GAL-Bezirksfraktion Hamburg-Mitte*)
Jörg Penner (*Bezirksamt Hamburg-Harburg*)
Kay Wolkau (*GAL-Bezirksfraktion Harburg*)
Fred Rebensdorf (*SPD-Bezirksfraktion Hamburg-Mitte*)
Heinrich-Michael Röfer (*Hamburg Port Authority*)
Claudia Roszak (*Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.*)
Bernd Rothe (*DEGES*)
Prof. Michael Rothschuh (*Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg e.V.*)
Hartmut Sauer
Sören Schinkel (*Ständiger Gesprächskreis Moorburg*)
Thorsten Schulz (*Bezirksamt Hamburg-Mitte*)
Prof. Dr. Hartmut Topp (*IBA Hamburg 2013 GmbH*)
Immo von Eitzen (*FDP-Bezirksfraktion Hamburg-Harburg*)
Kirsten von Grumbkow (*DEGES*)
Sabine von Löwis
Michael Weinreich (*Beirat für Stadtteilentwicklung Wilhelmsburg*)
Frank Wiesner (*SPD-Bezirksfraktion Hamburg-Harburg*)
Georg Werner

Moderation: Markus Birzer

Protokoll: Johannes Bouchain

17h10

Herr Birzer begrüßt die Anwesenden zur 6. Sitzung der Kernarbeitsgruppe (KAG). Er weist darauf hin, dass dieser Termin und die öffentliche Informationsveranstaltung am 09.11. getauscht wurden, da Frau Hajduk diese Woche in Südamerika ist. Diese Dienstreise überschneidet sich wegen eines Fehlers im Büro der Senatorin mit der heutigen Veranstaltung. Herr Birzer merkt an, dass dies nicht ganz optimal sei, da die Informationsveranstaltung auch zum Hören von weiteren Argumenten gedacht war, die dann in der 6.KAG-Sitzung in das Endergebnis des Prozesses einfließen sollten. Auf der anderen Seite seien aber kaum noch neue Argumente zu erwarten, so dass dieser Punkt nicht so stark ins Gewicht falle.

Herr Birzer geht dann auf den vorgesehenen Ablauf der heutigen Sitzung ein. Zunächst soll nach der Begrüßung der Punkt „Mitfinanzierungsvereinbarung“ erläutert und diskutiert werden, danach soll die nun als „Meinungsbild“ bezeichnete Sammlung der Positionen präsentiert und in dieser Runde redaktionell korrigiert werden, wobei auch auf den weiteren Umgang mit diesem Papier eingegangen werden soll. Danach sind noch die Vorbereitung der öffentlichen Informationsveranstaltung und eine Reflexion dieses Beteiligungsprozesses vorgesehen.

Herr Prof. Rothschuh erwähnt zum Punkt Meinungsbild, dass sich die betroffenen Bürgerinitiativen – mit wenigen Ausnahmen – zusammengesetzt und ein Papier mit der eigenen Position ausgearbeitet haben, das hier auch noch präsentiert werden soll.

Herr Benzing weist noch einmal darauf hin, dass die auf diese Woche gelegte Dienstreise der Senatorin tatsächlich ein Fehler im Kalender war.

Bezogen auf die Mitfinanzierungsvereinbarung sagt er, dass er sich noch einmal die Protokolle angeschaut habe und dass daraus auch ersichtlich sei, dass die Unterzeichnung keine völlig neue, überraschende Entwicklung sei. Frau Hajduk habe während des Prozesses mehrfach darauf hingewiesen, dass die Verhandlungen laufen und dass eine Entscheidung in dieser Hinsicht fallen wird. Insofern seien die Äußerung seitens einiger Bürgerinitiativen, die Senatorin habe Wortbruch begangen und das Beteiligungsgremium vor vollendete Tatsachen gestellt, schlicht falsch.

Herr Franke macht nähere Ausführungen zur Mitfinanzierungsvereinbarung. Dies sei eine einfache Vereinbarung auf Verwaltungsebene, die zwischen dem Land Hamburg und dem Bund getroffen wurde. Anfang 2009 habe der Bund bereits die Wilhelmsburger Reichsstraße (WRS) in der neuen Führung befürwortet. Nun haben sich die juristischen Abteilungen von Bund und Land ausgetauscht und das entsprechende Papier unterzeichnet. Herr Franke weist noch einmal darauf hin, dass der Bau von Bundesfernstraßen gemäß Verfassung zu 100% eine Bundesaufgabe sei, dass die Länder hierfür aber die Verwaltung stellen.

Im Fall der WRS habe das Land Hamburg die Mitfinanzierung angeboten, da die verlegte WRS Ersparnisse bringt. Das Land Hamburg spart bei einer Verlegung durch den Bund die Kosten in Höhe von ca. 10 Mio. EUR für vermiedene eigene Lärmschutzmaßnahmen. Deshalb habe Hamburg angeboten, die entsprechenden Mittel dem neuen Projekt zuzuführen, wenn der Bund bereit ist, die Straße zu verlegen. Die Gesamtkosten der Verlegung der WRS inkl. Lärmschutz liegen laut Studie der DEGES bei 67,4 Mio. EUR.

Zum Thema Mitfinanzierungsvereinbarung habe es auch eine Schriftliche kleine Anfrage von Herrn Hakverdi an den Senat gegeben. Wenn die Antwort hierzu gegeben sei, werde sie in den Verteiler der KAG gebracht.

Herr Franke weist dann darauf hin, dass die Mitfinanzierungsvereinbarung weiterhin unter dem Vorbehalt der Zustimmung von Senat und Bürgerschaft in Hamburg stehe. Ein weiterer Vorbehalt sei, dass der Bundestag das Projekt in den Straßenbauhaushalt aufnehmen und diesen verabschieden müsse. Man könne hier den Beschlüssen nicht vorgreifen. Die Entwicklung sei mit dem Bund abgestimmt und anschließend werde das Planfeststellungsverfahren (PFV) eingeleitet, bei dem das gesetzliche Einspruchs- und Klagerecht bestehe. Er betont abschließend, dass man sich mit diesem Projekt die große Chance eröffnen habe, die WRS auf eine raumordnerisch günstigere Trasse zu verlegen.

Herr Prof. Rothschuh sagt, die Mitfinanzierungsvereinbarung sei auf Grundlage bestimmter Pläne geschlossen worden und die Kosten würden dem Plan von 2008 entsprechen. Mit der Vereinbarung würde der Sack quasi zugezogen, dann gebe es nur noch die Möglichkeit, ja oder nein zur Verlegung der WRS zu sagen, ein Ausbau im Bestand oder ein Rückbau stünden dann nicht mehr zur Debatte. Auch eine Planänderung mit Tunnel in einem bestimmten Bereich sei dann nicht mehr möglich. Es sei verwunderlich, dass der Bund zunächst gesagt habe, es gebe noch keine ausreichende Entscheidungsgrundlage. Er fragt, wann sich die Behörde mit den Themen, die während des Beteiligungsprozesses angesprochen wurden, auseinandergesetzt und festgestellt habe, dass man die Anregungen nicht aufnehmen wird und bei der bisherigen Auffassung bleibe.

Herr Franke sagt, es sei ein laufender Prozess, eine tägliche Auseinandersetzung. Man habe dem Bund die Pläne vorgelegt, den Lärmschutz und die Entwässerung abgestimmt etc. Es könne Kostensteigerungen geben, aber der Prozess laufe jetzt. Auch weiter gehende Forderungen zum Lärmschutz könnten noch kommen.

Herr Prof. Rothschuh fragt noch einmal explizit nach, wann sich die BSU mit den Argumenten aus der KAG auseinandergesetzt habe.

Herr Franke antwortet, dass dies laufend geschehen sei.

Frau Hercher-Reis spricht die schwierige Haushaltslage in Hamburg an und weist auf die möglichen Kostensteigerungen in vielen Bereichen hin. Sie fragt, ob im Falle der Verlegung der WRS der Bund oder Hamburg die Kostensteigerungen übernehmen werden.

Herr Franke sagt, mit der Mitfinanzierungsvereinbarung habe man einen Festpreis vereinbart. Alle Kostensteigerungen würden zu Lasten des Bundes gehen. Der Bund werde die weitere Planung jedoch intensiv begleiten.

Herr Dr. Osterburg sagt, dass die Möglichkeiten noch immer alle offen seien. Man solle hier nicht immer unterstellen, dass keine Änderungen mehr möglich seien und dass der Sack zugeschnürt sei. Eher gehe es jetzt konkret um die Frage, wie hier die Interessen der Wilhelmsburger und Harburger weiter eingebracht werden können.

Frau Roszak fragt, ob also noch alles offen sei, auch der sprichwörtliche „goldene Tunnel“.

Herr Prof. Rothschuh fragt, ob dieser Schritt nun heiße, dass ein optimaler Lärmschutz nicht vorgesehen ist. Er fragt, warum die Senatorin dann sagt, dass man hier gemeinsam mit der Behörde einen optimalen Lärmschutz erreichen solle.

Herr Benzing sagt, das sei als Aufruf zu verstehen, sich gemeinsam dafür einzusetzen, dass die WRS so umgesetzt werden soll, wie es für alle am besten ist.

Herr Dr. Osterburg sagt an Herrn Prof. Rothschuh gerichtet, dass er doch die Argumente kenne, die hier vorgebracht wurden.

Herr Rothe weist auf die 2008 entwickelte Machbarkeitsstudie hin, in der bereits umfassende Lärmschutzmaßnahmen eingeplant waren, also Wände entlang der verlegten Straße und eine weitere Wand an der S-Bahn, die wegen der Verlegung des Gtergleises realisiert werden könne. Auch weitere Optionen für Wände zwischen den Gleisen seien offen. Aus Sicht der Bürger sei immer eine Deckelung der Trasse am besten, aber die Rechtsprechung hat hier deutlich gemacht, dass der entsprechende Aufwand unangemessen ist – eine Deckelung wird also nicht kommen. Das Ziel sei es aber, auch auf der Ostseite der Bahn eine spürbare Verbesserung zu erreichen, daher sei die Wand an der Ostseite der Bahn vorgesehen. Bisher wurde bei neuen Straßen stetes nur der Straßenlärm als Grundlage des zu realisierenden Lärmschutzes betrachtet. Da hier aber ein Gleis verändert wird, gibt es nun weitere Möglichkeiten.

An diesen Stellen solle die KAG mitwirken, also an den Punkten, wo es noch dringend etwas zu tun gibt.

Herr von Eitzen fragt, ob der über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehende Lärmschutz Gegenstand der Mitfinanzierungsvereinbarung sei und ob also weiterhin das Prinzip Hoffnung gelte mit der Frage, ob ein guter Lärmschutz kommt.

Herr Rothe sagt, dass ein durchgängiger Lärmschutz auf der Gesamtlänge der Straße kommen werde, aber dass auch noch eine weitere Optimierung erreicht werden könne. Die Verlegung des Gtergleises bringt dem Bund/der Bahn die Möglichkeit, hier den Lärmschutz weiter auszubauen.

Herr von Eitzen möchte wissen, ob es stimmt, dass tatsächlich noch nichts Derartiges in der Vereinbarung steht.

Herr Rothe sagt, dass man hier ja noch keine detailliert Planung vorliegen hat. Bisher ist der Lärmschutz entlang der Trasse untersucht worden. Der nächste Schritt ist ein Entwurf des Bundes.

Herr von Eitzen fragt, wieso im Antwortschreiben zu seiner Anfrage, einen Referenten des Bundesministeriums einzuladen, gesagt wurde, dass die BSU ausreichend Auskunft geben könne.

Herr Dr. Osterburg sagt, dass die Verlegung der WRS nur funktionieren, wenn es einen vollständigen Lärmschutz entlang der Bahn gibt. Dies sei eine Planungsgrundlage für die Verlegung.

Herr Birzer sagt, dass man hier nun noch lange zum Thema Lärmschutz diskutieren könne, dass zu diesem Thema aber auch schon sehr viel gesagt wurde. Es gehe aber weiter und es gebe auch später noch Möglichkeiten, das Thema anzusprechen. Es mache keinen Sinn, darüber jetzt noch lange zu diskutieren.

Er geht dann zum nächsten Punkt, dem Kontrakt, über. Er weist noch einmal kurz darauf hin, dass aus der KAG keine Redaktionsgruppe für die Ausarbeitung des Kontraktes zustande gekommen sei und dass es deshalb das Forum im Internet mit der Kommentarfunktion gegeben habe, an dem sich elf Personen beteiligt haben. Daraus haben er und das Büro Superurban das Kondensat gezogen und die einzelnen Positionen zusammengestellt. Da das Papier die Meinungen der KAG-Mitglieder zu den behandelten Themen widerspiegelt, wird es jetzt als „Meinungsbild“ bezeichnet, nicht mehr als „Kontrakt“. Man habe viele Einzelpositionen zum Mobilitätskonzept in Wilhelmsburg/Süderelbe und den Projekten WRS und Hafenquerspange (HQS) zusammengetragen. Es gebe eine Spalte, in der man ankreuzen könne, ob man dem jeweiligen Statement zustimmt. Dafür werde in den nächsten Tagen eine interaktive PDF-Datei verschickt.

Herr Birzer sagt dann, dass mit dem Papier etwas zustande gekommen ist, womit man an die Öffentlichkeit gehen und zeigen kann, welche Positionen während des Prozesses entstanden sind. An vielen Stellen seien auch Alternativpositionen in das Papier integriert. Damit könne man auch den Diskussionsverlauf und die Struktur des Verfahrens rekapitulieren. Das Papier könne auch dazu dienen, im weiteren Entscheidungsprozess gehört bzw. gelesen zu werden. Es sei von vornherein klar gewesen, dass die KAG als Gremium nicht entscheidet, sondern beratende Funktion hat. Man könne aus dem Papier dann deutlich entnehmen, wer aus der Gruppe was fordere.

Es sei jetzt vorgesehen, den Entwurf redaktionell durchzugehen. Erstmal stehe dabei die Frage im Vordergrund, ob die jeweiligen Positionen so stehen bleiben können. Man werde das Papier in den nächsten 45 Minuten durchgehen. Bis nächsten Montag um 12:00 Uhr gibt es dann noch die Möglichkeit, sich den Statement zuzuordnen.

Frau Garlipp bemängelt, dass heute keine Visualisierungen der WRS und der HQS gezeigt werden, wie es in der letzten Sitzung gewünscht wurde. Nun könne man sich gar kein Bild von den Projekten machen. Sie fragt, ob es die Visualisierungen heute noch geben wird.

Herr Birzer sagt, er habe von Herrn Rothe gehört, dass die Visualisierungen nicht fertig seien und damit heute hier nicht zur Verfügung stünden. Eine Fertigstellung bis nächsten Montag werde aber zugesichert.

Frau Garlipp betont, dass dies dem Prozess nicht zuträglich sei. Man habe diesen Punkt beim letzten Mal ausführlich besprochen und es sei bedauerlich, dass die Materialien heute nicht da sind. Damit sei der Termin heute neben der Spur.

Herr Wiesner sagt, dass derzeit nur die WRS entscheidungsfähig sei. Grundbedingung der Umsetzung sei, dass in Wilhelmsburg hinsichtlich des Lärms später Ruhe ist. Der nächste Punkt sei dann Verkehrsberuhigung, ÖPNV etc. – aber nur die WRS könne hier weiter disku-

tiert werden. Wenn die Visualisierungen noch nicht fertig sind, brauche man darüber nicht mehr zu reden.

Herr von Eitzen schließt sich bzgl. der HQS an. Man habe das Thema und die neue Variante ausführlich diskutiert, auch die Varianten der Kattwykquerung. Es seien jetzt offensichtlich Materialien vorhanden, die man hier nicht zeigen wolle.

Herr Dr. Osterburg sagt, die HQS sei für eine Stellungnahme nicht ausreichend diskutiert worden.

Herr Maass sagt, er habe keine Probleme, auf Grundlage des derzeitigen Standes eine Stellungnahme abzugeben.

Herr Klein fragt, inwieweit Visualisierungen gemacht worden seien. Außerdem sagt er, ein Transparent in der Wilhelmsburger Mitte sei auf den aktualisierten Stand gebracht worden, wodurch man hier schon einen Eindruck von der neuen Situation bekommen könne. Es müsse also aktualisierte Visualisierungen geben.

Herr Franke sagt, zum Modell am Berta-Kröger-Platz sei keine Aussage möglich, da es nicht von der Behörde stamme. Die fehlenden Detailpläne seien der hohen Arbeitsbelastung geschuldet. Jedoch solle man die Visualisierung nicht überbewerten und Grundsatzentscheidungen nicht von den Visualisierungen abhängig machen. Es gehe um Grundsätze der Planung.

Herr Biljes schließt sich der Meinung der Politiker an. Seine Meinung zur HQS brauche nicht wiederholt zu werden. Er sei nicht in der Lage, mit ja oder nein Stellungnahmen abzugeben. Außerdem kritisiert er die Unausgeglichenheit der Wortmeldungen.

Herr Benzing sagt, es liege vielleicht ein Missverständnis vor. Das Dokument mit dem Meinungsbild, das hier diskutiert werden solle, sei ein Kondensat aus den Kommentaren der elf Personen, die im Internet mitdiskutiert haben. Es sei also das, was von den Bürgern kam.

Herr Penner kritisiert die Unausgeglichenheit der Wortbeiträge und die häufigen Einzeldiskussionen.

Herr Birzer erklärt, dass er die Wortmeldungen gespeichert habe, aber kurze Rückfragen an die Leute, die sich geäußert haben, möglich sein müssten.

Herr Biljes betont, ein Kontrakt habe eine rechtliche Bedeutung. Es seien aber keine Anmerkungen dazu möglich, da das Ganze nicht ausreichend diskutiert wurde.

Herr Birzer sagt, es gehe einzig und allein darum, ob einzelnen KAG-Mitglieder sich den jeweiligen Positionen anschließen oder nicht. Zudem würde das Papier nicht mehr „Kontrakt“ sondern „Meinungsbild“ heißen.

Frau Hercher-Reis sagt, es sei deutlich, dass die Fragen bzgl. der HQS noch nicht geklärt seien. Aber auch bei der WRS kaufe man die Katze im Sack. Der Lärmschutz sei hier noch nicht abschließend geklärt.

Herr Penner führt aus, dass es hier um eine Planung gehe. Es werde immer wieder offene, unbefriedigende Punkte geben, es sei aber wichtig, dass es in diesem Beteiligungsprozess ein Ergebnis gibt. Es sei zwar schade, dass es keine Visualisierung gibt, aber es werde immer nicht abschließend geklärte Aspekte geben. Man solle hier jetzt einfach sagen, welche Meinung man hat.

Herr Prof. Rothschuh sagt, die Visualisierung der WRS von der DEGES sei sehr schön, die Unterschiede zu einer Autobahn seien darauf zu erkennen.

Er betont noch einmal, man habe sich hier zusammengesetzt um nicht nur zu gucken, was man meint, sondern auch, um zu sagen, wohin es gehen solle. Er spricht das Thema „European Green Capital 2011“ an und sagt, dass es nördlich der Elbe viele Ansätze gebe, den diesbezüglich genannten Verkehrszielen gerecht zu werden, u.a. Stadtbahn und U-Bahn, Stadtrad. Im Süden seien aber weniger Ansätze erkennbar und die vorhandenen Verkehrsprojekte seien nicht entscheidungsreif.

Er spricht dann noch einmal das Papier an, das von den Initiativen ausgearbeitet wurde, worin man den Prozess reflektiert und geguckt habe, was erreicht wurde.

Frau Christen sagt, die Stimmung in der Runde sei zwar gespannt, aber hier sei etwas Wertvolles passiert. Für weiteren Prozess sei es wichtig herauszuarbeiten, welche Umstände für einen weiteren konstruktiven Prozess ausschlaggebend sind. Es sei wichtig zu zeigen, dass hier alle an einem Strang ziehen wollen. Auch wenn diese Diskussionen lästig seien, liege in diesem Prozess eine große Chance.

Frau Garlipp zitiert Frau Hajduk und sagt, die Senatorin habe ihr Wort gegeben, dass Lärmschutz an allen Neubaumaßnahmen stattfindet. Dies sei aber nicht mehr ersichtlich. Sie fragt, wie es jetzt weitergeht und was an Planungen eingereicht wird.

Herr Franke sagt, er glaube nicht, dass Frau Hajduk den Diskussionsprozess im Süden abreißen lässt. Er sagt, bezogen auf das Beispiel des Beteiligungsprozesses an der A7, dass die Initiativen in gewissen Abständen weiter informiert werden. Beim genannten Beispiel kämen die Initiativen auch regelmäßig beim Staatsrat zusammen. Auch die Internetpräsentation des Prozesses werde nicht beendet werden.

Er sagt dann, dass der mit der Bahn gebündelte Lärmschutz der Einstieg in das Projekt war. Wenn dies nicht gelinge, sei das Projekt nicht umsetzbar.

Er betont dann noch einmal, dass der Informationsfluss auch mit Beendigung dieses Beteiligungsverfahrens sicherlich nicht abreißen werde.

Herr Wiesner fragt, ob die Stadt Hamburg bereit sei, Lärmschutz auch über das gesetzliche Mindestmaß hinausgehend zu garantieren. Er fragt weiterhin, ob Hamburg Garantien geben könne, dass ein Lärmschutz kommt, mit dem die gesetzlichen Höchstwerte der Lärmbelastung eingehalten werden. Er sagt, es sei nun drei Jahre daran geplant worden und möchte dann wissen, ob man in der BSU wirklich darüber nachgedacht habe, welches Angebot man

den Bürgern machen kann. Er fragt, wie in der BSU auf den Prozess reagiert wird und was man nächste Woche zu hören bekommen werde.

Herr Franke sagt, es gebe unterschiedliche Intensitäten von Lärmschutzkonzepten, so u.a. durch eine Teilverlegung der Gleise. Hamburg beteilige sich mit 10 Mio. EUR und es entscheide sich noch, ob man für die Bahnstrecke weitere Mittel hinzuziehen könne. Hamburg sei an einem optimalen Lärmschutz interessiert. Es gebe auch die Möglichkeit, aus weiteren Töpfen noch Mittel zu bekommen.

Herr Dr. Osterburg sagt, Hamburg müsse einspringen, damit der Lärmschutz realisiert wird. Er sagt dann, dass es problematisch sei, dass nicht alle Betroffenen in diesem Prozess vertreten seien. Es seien z.B. keine Menschen aus dem Bahnhofsviertel hier, die separat eingeladen werden sollten.

Er sagt dann, hier gehe es nicht um Kritik, sondern um eine Weiterentwicklung der Projekte.

Frau Hercher-Reis sagt, bei großen Projekten müsse immer gesagt werden, welche Variante wie viel kostet und man müsse zeigen, was jeweils an Maßnahmen möglich ist. Dies müsse vorher feststehen. Man solle nicht sagen, es gebe vielleicht eine Grundausstattung und vielleicht Besseres. Sie sei verwundert, dass hier so gearbeitet wird.

Herr von Eitzen fragt, ob die Veränderungen bei der vorgesehenen Mittelverwendung in die Planungen eingeflossen seien.

Herr Weinreich sagt, er habe während des Verfahrens viele Referate gehört, u.a. zum Gesamtmobilitätskonzept. Im Verfahren habe sich seine Einstellung zu den Planungen eher zum Negativen verändert. Die vorgesehene Anschlussstelle an der Rotenhäuser Straße sei z.B. ein großer Planungsfehler. Er sagt, dass Vertrauen und die Versicherung, dass es durch die WRS-Verlegung leiser wird, nicht angekommen seien. Er sagt, es sei ein einfacher Weg, ein paar Kreuze zu machen, er habe aber Angst, dass das Meinungsbild dadurch verfälscht wird.

Herr Birzer sagt, ein Verfälschen sei hier nicht möglich, jede Initiative müsse entweder ja oder nein sagen.

Herr Klein spricht das Beispiel der Anwohner der A7 an und sagt, dass hier die Bürger eher informiert als beteiligt worden seien. So sei es auch hier gewesen, man sei eher informiert worden. Er spricht dann die Schwergängigkeit des Verfahrens an und sagt, dass es die Stimmung gut widerspiegelt, dass es am Anfang des Prozesses eine Demonstration gab, an der 1000 Bürger teilgenommen haben und am Ende des Prozesses eine mit 2000 Bürgern. Er sagt, das Verfahren habe die Planungen nicht unbedingt weiter verständlich gemacht. Jetzt schließe man den Beteiligungsprozess ab und es stelle sich die Frage, wie es weitergeht und ob es bei der bloßen Information der Bürger bleibe.

Herr Sauer sagt, dass es nicht vertrauensfördernd sei, dass hier einige Punkte nebulös bleiben. Eine Waffengleichheit sei im Prozess nicht hergestellt worden. Dies sei bedauerlich, da man die Bürger so nicht ins Boot holen könne. Auch das Thema Lärmschutz bleibe nebulös. Es sei noch gar nicht sicher, ob die Bahn von den 100 Mio. EUR bundesweit etwas für Wil-

helmsburg abzweigt. Die Wilhelmsburger seien gebrannte Kinder, das zeige das Beispiel S-Bahn-Bau. Mehr Vertrauen bildende Maßnahmen seien notwendig, obwohl diese wegen des Haushaltsdesasters nur schwer möglich sei.

Herr Böhrnsen schließt sich Herrn Prof. Rothschuh an. Er könne mit dem, was vorgeschlagen wird, wenig anfangen. Die Moorburger würden sich zu dem Meinungsbild nur mit einem kleinen Resümee äußern, weiterhin aber zu den einzelnen Positionen keine Angaben machen.

Herr Franke sagt, Frau Plambeck habe deutlich gemacht, dass es auch eine Entwicklung der Lärmreduzierung direkt an den Zügen gebe. Es sei deutlich, dass der Bundesverkehrsminister auch im Bereich Schiene etwas tun müsse. Hamburg setze sich da ein und übe Druck aus, damit Verbesserungen kommen. Wenn die WRS im Bestand verbleiben würde, gebe es aber keine Veränderungen bei der Bahn. Die Verlegung der WRS sei eine Jahrhundertchance, den Lärm zu bündeln. Auch Frau Hajduk habe hier schon um Unterstützung gebeten, damit es einen optimalen Lärmschutz an der WRS gibt.

Er geht dann kurz darauf ein, wie es nach dem Beteiligungsverfahren weitergehen wird. Es werde eine kontinuierliche Information der Bürger darüber geben, wie man in Bonn zu dem Lärmschutz an der WRS stehe und was der Senat und die Bürgerschaft in dieser Hinsicht für Aussagen treffen. Er sagt, es sei ein Angebot, die Beteiligten in diesem Prozess mitzunehmen. Er weist die Aussage der mangelhaften Unterlagen zurück. Man habe bereits vieles visualisiert, Lärmschutzvarianten dargestellt. Er sagt, bunte Bilder von Straßen seien hier sekundär. Viel mehr als das bereits Dargestellte könne man nicht machen.

Herr Prof. Rothschuh spricht das Konjunkturprogramm zum innovativen Lärmschutz der Bahn an und fragt, welche Projekte Hamburg hier angemeldet hat. Die Rede sei von der Güterumgehungsbahn, der Lübecker Bahn und Harburg/Bostelbek, es gebe aber keine Aussage zu Wilhelmsburg. Er möchte wissen, warum man hier nicht Wilhelmsburg als Schwerpunkt genommen habe, obwohl sich das angeboten hätte.

Herr Gilberz sagt, die Bahn habe auch Bereiche in Wilhelmsburg angemeldet, aber die Zentrale in Frankfurt werde hier die Entscheidung treffen. In dem Moment, wo der Neubau der WRS an der Bahn kommt, werde das Sanierungsprogramm hier aber nicht mehr zum Tragen kommen. Von den Prioritäten her liege Wilhelmsburg bei der Lärmsanierung aber nicht an erster Stelle. Hier habe man die klare Prioritätenfolge Güterumgehungsbahn, Wandsbek/Rahlstedt, Unterelbe, Wilhelmsburg. An vielen Stellen sei eine Lärmsanierung aber auch technisch gar nicht realisierbar.

Er betont, dass in Sachen Lärmschutz in Wilhelmsburg nichts passieren werde, bevor es nicht eine Entscheidung bzgl. der WRS gibt.

Pause 18:30-18:45 Uhr

Herr Birzer sagt, dass für die übrigen Punkte der Tagesordnung noch 1 Stunde 15 Min. verbleiben und dass noch die Punkte Meinungsbild, Papier Herr Prof. Rothschuh, Vorbereitung Informationsveranstaltung 09.11. und Reflexion des Verfahrens auf dem Programm stünden. Er bittet darum, das Papier zum Meinungsbild, das in der Runde verteilt wurde, noch einmal anzugucken. Er betont noch einmal, dass dies kein Papier der BSU sei, sondern dass er selbst sowie Herr Nähr und Herr Bouchain von Superurban sich mit den Positionen der Bür-

ger beschäftigt und deren Anmerkungen in das Papier integriert haben. Es sei also ein Produkt, das in der KAG entstanden ist.

In diesem Dokument stünden aber nicht alle im Verfahren genannten Punkte, es gebe auch weitere Dokumente als Ergänzung wie die Protokolle der Sitzungen und die zwei Internetseiten. Es seien ausreichend Dokumentation des Verfahrens vorhanden.

Das Papier zum Meinungsbild sei ein Versuch, die wichtigsten Positionen in einem Dokument zusammenzufügen. Dies werde morgen als interaktives PDF bereitstehen. Er plädiert dafür, dieses Dokument zu lesen, um zu sehen, ob man Positionen darin findet, denen man sich anschließen kann. Angesichts der begrenzten Zeit sei es jetzt aber nicht mehr möglich, redaktionelle Anmerkungen einzuarbeiten.

Herr Wiesner sagt, so gehe es nicht. Die Positionen des Bezirks Harburg seien nicht ausreichend integriert und müssten berücksichtigt werden.

Herr Birzer betont, dass die genannten Positionen nach bestem Wissen und Gewissen eingearbeitet wurden. Wenn etwas fehlt, habe man hier einen Fehler gemacht. Das Papier sei aber nun vorhanden und man habe noch eine Stunde Zeit, Anmerkungen dazu zu sammeln.

Herr Wiesner bemängelt, das sei so nicht in Ordnung. Das Papier werde weiter getragen und erfahre große Beachtung.

Herr Nähr sagt, es sei auch möglich, dass Punkte als Argument und nicht als Handlungsempfehlung formuliert und deshalb nicht aufgenommen wurden.

Herr Birzer betont, man habe versucht, alles einzubringen. Es bleibe den KAG-Mitgliedern nun selbst überlassen, bestimmte Punkte abzulehnen.

Herr Prof. Rothschuh sagt, es sei ein Problem des Verfahrens allgemein, dass man nicht erst Ziele formuliert hat um daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Herr Maass fragt, warum dann nicht u.a. Herr Prof. Rothschuh die Möglichkeit ergriffen habe, einen ordentlichen Kontraktentwurf vorzulegen.

Herr Penner sagt, es gebe nun zwei Möglichkeiten: Eine Möglichkeit sei das von Herrn Birzer vorgeschlagene Verfahren. Ein weiterer Vorschlag sei, dass Superurban die Protokolle des Prozesses zu einem Dokument mit wenigen Seiten zusammenfasst, das dann die Ergebnisse des Verfahrens repräsentiert. Man müsse sich hier aber entscheiden, wie man vorgehen möchte. Der mit dem Papier unterbreitete Vorschlag von Herrn Birzer sei gut.

Herr Wiesner sagt, es gehe auch um die Unterscheidung zwischen Einforderung und Prüfung. Viele Punkte seien nur als „zu prüfen“ genannt, aber man könne vieles prüfen. Die Formulierung müsse verbindlicher sein.

Herr Birzer sagt, es sei wichtig, was Herr Franke geäußert hat: die Bürger weiterhin mit einzubeziehen, so dass diese die Punkte, die geprüft werden sollten, auch einfordern können. Dies sei als Fortführung des Beteiligungsprozesses zu verstehen.

Herr Benzing merkt zu der Aussage von Herrn Penner an, dass das Papier ja aus den Kommentaren aus der Gruppe entstanden sei. Es spiegele sicher nicht die komplette Position einzelner Gruppen bzw. Parteien wider, aber dies sei auch nicht möglich.

Es sei aber kein Problem, ergänzende Forderungen an das Papier anzuhängen. Man könne nun das Verfahren so abschließen, dass man zentrale Punkte und Anliegen formuliert, oder das Ganze ohne Ergebnis beenden.

Herr Prof. Rothschuh sagt, es werde in anderen Verfahren so gehandhabt, dass die BSU-Leitung am Ende der jeweiligen Sitzungen zusammenfasst, welche der angesprochenen Punkte möglich seien. Dies sei in diesem Prozess nur in den ersten beiden Sitzungen geschehen, danach sei die BSU-Leitung nicht mehr dabei gewesen. Er möchte wissen, ob Frau Hajduk nächste Woche Aussagen dazu treffen wird, wie genau es weitergehen wird.

Herr Benzing betont, dass hier nicht die grüne Senatorin alleine entscheide, was passiert. Der Senat insgesamt entscheide. Von Seiten der BSU habe man einige Punkte aus dem Verfahren mitgenommen und wird versuchen, sie in den weiteren Verhandlungen einzubringen. Eine weiter gehende Zusage sei schwierig, es sei aber wichtig, die Grundlagen zu schaffen.

Herr Harde! sagt, er habe viele Punkte, die kommentiert wurden, in dem Papier nicht wieder gefunden. Dennoch sei es ein gutes Medium um Punkte einzubringen, die im Stadtteilbeirat wichtig sind.

Herr von Eitzen äußert, es sei schwierig, dass zu den einzelnen Positionen nur ein „ja“ oder „nein“ möglich sei. Es müsse auch ein neutrales Votum möglich sein, da teilweise keine Positionierung möglich sei, z.B. weil einzelne Punkte unseriös wirken.

Herr Benzing sagt, eine zusätzliche Kategorie sei möglich, wie z.B. „kein abschließendes Votum möglich“. Dies stelle das Grundkonzept nicht in Frage.

Herr Wiesner möchte wissen, wie genau die einzelnen Positionen zustande gekommen sind, da er z.B. seine eigenen Punkte und die von Herrn Harde! in dem Papier nicht finde.

Herr Birzer sagt, man habe die Punkte zusammengefasst, die man als wichtig erachtet hat. Dies sei in der Funktion als neutraler Moderator des Prozesses geschehen.

Herr Dr. Osterburg sagt, das Papier enthalte viele wichtige Punkte. Es sei denkbar, dass man weitere Positionen anhängt. Zudem sei es wichtig, dass das Papier herumgeschickt wird. Die Bündelung des Lärmschutzes an der Bahn sei ein wichtiger Punkt, den man fordern könne.

Frau Garlipp sagt, sie habe in dem Papier viele der Aussagen wieder gefunden. Sie frage sich aber, warum nicht die gesamte Gruppe an der Ausarbeitung des Papiers beteiligt war. Außerdem möchte sie wissen, ob Frau Hajduk auf Grundlage dieses Papiers dann Dampf machen könne.

Herr Prof. Rothschuh stellt das Papier vor, das von den beteiligten Initiativen – abgesehen von Herrn Hardel und Herrn Maass – ausgearbeitet wurde. Er sagt eingangs, dass man nicht den Eindruck gehabt habe, die Behörde sei mit einer vollen Beteiligungsabsicht in den Prozess hineingegangen. Dann stellt er die einzelnen Punkte des Papiers vor [siehe Datei im Anhang].

Zusammenfassend stellt er am Schluss die Frage, was für den Süden gebraucht wird und was für ein Gesamtmobilitätskonzept benötigt wird. Zu dem Papier könne man nun sagen: an dem und dem Punkt schließen wir uns an. Dann hätte man so etwas wie ein gemeinsames Ziel, auch wenn kein Konsens bzgl. der Maßnahmen besteht.

Herr Birzer macht den Vorschlag, dass beide Papiere, das von ihm und das von Herrn Prof. Rothschuh vorgelegt und als interaktives Dokument mit Zustimmungsmöglichkeit zur Verfügung gestellt werden. Bis morgen, 12:00 Uhr gebe es dann die Möglichkeit, ergänzende Positionen zu dem Meinungsbild einzugeben, wobei aber klare Positionen formuliert werden sollten. Bis zum 09.11. um 12:00 Uhr könne dann von den KAG-Mitgliedern ein Votum zu den einzelnen Punkten abgegeben werden. Er fragt, ob dieser Vorschlag in Ordnung sei.

Mehrere Anwesende verneinen dies.

Herr Hardel sagt, man müsse an dem Papier von Herrn Prof. Rothschuh zunächst die Überschrift ändern. Dort sei allgemein von den BürgerInnen die Rede, aber Veddel sei nicht an der Ausarbeitung beteiligt gewesen. Danach macht er Anmerkungen zu den einzelnen Punkten: Punkt 1 erwecke den Eindruck, dass man sich nicht für eine Lösung der Probleme interessiert. Punkte 2 und 3 seien keine guten Vorschläge, da sie eine Verlagerung des Verkehrs nach Veddel und Harburg bedeuten. Gut seien hingegen die Punkte 4 bis 6.

Herr Penner sagt, man müsse ein derartiges Papier nur dann vorlegen, wenn man das Ziel habe nachzuweisen, dass der Beteiligungsprozess misslungen sei. Zu 70% enthalte das Papier zwar richtige Punkte, es hieße aber in der Substanz, dass derartige Beteiligungsprozesse Quatsch sind. Die Behörden würden auf Basis von so etwas in Zukunft denken, Beteiligungsprozesse mit einem neutralen Moderator seien nicht gut. Er weist darauf hin, dass es ein ausgesprochen aufwändiger Prozess war.

Das von Herrn Prof. Rothschuh vorgestellte Papier spiegele zudem nicht die Meinung aller Beteiligten wider. U.a. seien die Harburger anderer Meinung.

Herr Dr. Osterburg geht auch auf die einzelnen Punkte des Papiers ein. Die Punkte 1-5 lehne er ab, zu den Punkten 6-7 könne er vielleicht seine Zustimmung geben. Es sei deshalb nicht okay, dieses Papier zu verschicken. Er betont noch einmal, dass an der Ausarbeitung des Kontraktentwurfs bzw. des Meinungsbildes elf Personen beteiligt waren.

Herr von Eitzen sagt, ein Problem sei auch die Auswahl der Repräsentanten in diesem Gremium.

Er betont noch einmal, dass ein neutrales Votum möglich sein sollte, u.a., da man keinen Einfluss darauf habe, was anschließend mit diesem Papier passiert.

Herr Weinreich sagt, dass er erst ein Meinungsbild von den Mitgliedern des Stadtteilbeirats einholen müsse, um zu den einzelnen Punkten Stellung zu nehmen. Zu dem Papier von Herrn Prof. Rothschuh sagt er, dass es teilweise vollkommen selbstverständliche Punkte enthalte. Es fehle die Möglichkeit etwas zu kommentieren. Er fragt, ob es möglich ist, mehr als nur ein Kreuz zu machen, z.B. wenn man der Meinung ist, dass an der Formulierung etwas geändert werden muss.

Frau Roszak sagt, sie verstehe Herrn Hardel nicht, da er seiner Kollegin in den Rücken falle, die an der Ausarbeitung des Papiers der Initiativen mitgewirkt hat.

Sie fragt, ob es immer dem Sankt-Florians-Prinzip entspricht, wenn Verkehr in eine andere Richtung gelenkt wird.

Herr Benzing sagt, das Papier von Herrn Prof. Rothschuh könne nicht als Grundlage für das Votum genommen werden, da es in Punkt 1 den Beteiligungsprozess in Frage stelle.

Herr Lübke fragt, ob noch Exemplare des Papiers vorhanden seien, da einige es noch nicht erhalten haben.

Herr Humburg sagt, dass man in Wilhelmsburg seit zehn Jahren für Bürgerbeteiligung kämpfe und auch schon viele gute Ergebnisse erzielt habe. Er nennt einige Beispielprojekte, die durch Bürgerprotest zustande gekommen sind bzw. verhindert wurden. Er sagt, die Bürger hätten - im Gegensatz zur Behördenleitung - regelmäßig am Verfahren teilgenommen. Auch bei der heutigen abschließenden Sitzung sei die Behördenleitung nicht vertreten.

Er könne den Vorwurf, die Bürgergruppen hätten sich nicht konstruktiv beteiligt, überhaupt nicht nachvollziehen.

Frau Garlipp sagt, es gab konstruktive Arbeit in diesem Beteiligungsprozess. Das Papier müsse wirklich etwas festschreiben und man müsse sich weiter darüber austauschen, wie weit man an bestimmten Punkten gekommen ist. Zentral sei doch, dass sich Hamburgs Süden zusammengesetzt habe und den Gesundheitsschutz der Bürger fordere.

Herr Franke bemängelt, dass das von Herrn Prof. Rothschuh vorgetragene Papier nicht konstruktiv sei, da es vieles miteinander vermische. Das von Herrn Birzer vorgelegte Papier enthalte besser voneinander getrennte Punkte.

Er plädiert dafür, das Engagement der Senatorin, der BSU insgesamt und der DEGES zu würdigen. Außerdem solle das Papier mit dem Kontraktentwurf als Grundlage genommen werden.

Herr Prof. Rothschuh sagt, es sei evtl. nicht deutlich geworden, dass Bürgerbeteiligung gewollt ist. Er nennt unterschiedliche Punkte, die nach Angaben der BSU wichtig sind für ein Beteiligungsverfahren. Im Bereich Verkehr gebe es weniger Ansätze für Bürgerbeteiligung als z.B. beim Thema Stadtentwicklung. Entsprechende Verfahren würden nur Sinn machen, wenn sie entscheidungsoffen sind. Er weist darauf hin, dass auch Herr Dr. Winters in der zweiten KAG-Sitzung gesagt habe, hier würden keine vollendeten Tatsachen geschaffen.

Herr Benzing sagt, es seien auch keine vollendeten Tatsachen in diesem Verfahren geschaffen worden.

Herr Prof. Rothschuh sagt, es müsse einen Verhandlungspartner der BSU insgesamt geben, der die Zielrichtung der Behörde vertritt. Einen solchen Verhandlungspartner habe es nicht gegeben. Die Punkte, in denen man sich einig ist, seien nicht gesammelt worden.

Herr Weinreich stellt zu seiner vorherigen Wortmeldung klar, dass es ihm um die Frage ging, wie man vorgeht, wenn man der Meinung ist, dass am Kontraktentwurf auch weiterhin etwas geändert werden muss.

Herr Böhrnsen sagt, er verstehe die Aufregung nicht. Es sei ihm nicht klar, wie man ein gemeinsam ausgearbeitetes Papier als Grundlage für die Kritik am Beteiligungsprozess nehmen könne. Das Papier sei als Angebot zu verstehen, wie es jetzt weitergehen kann. Es sei zudem aussagekräftig und enthalte konstruktive Elemente.

Der Kontraktentwurf sei für die Moorburger gegessen. Man wisse nichts anzufangen mit den einzelnen Punkten, für die ein Votum abgegeben werden soll.

Frau Roszak sagt, man versuche, die eigenen Bürgerinteressen durchzusetzen und sei nicht per se auf Krawall gebürstet. Zudem sei man nicht gegen Green Capital, im Gegenteil: man betrachte Green Capital als sinnvollen Ansatz für eine nachhaltige Verkehrspolitik. Diesen Ansatz sehe man hier jedoch nicht.

Frau Garlipp sagt, es sei ein großer Wurf, eine Straße zu verlegen. Widerstand gebe es u.a., da die Straße direkt an Hochhäuser verlegt wird.

Herr Klein sagt, er habe Bauchschmerzen, was den derzeitigen Verlauf der Dinge angeht. Die Bürger hätten sehr früh angefangen, sich einzubringen und zu diskutieren, als klar wurde, wie eng der Zeitrahmen für das Beteiligungsverfahren ist. Es gehe hier zudem nicht um ein Gegeneinander, sondern um ein Miteinander. Dies hätten die Bürger schnell gefährdet gesehen, da nicht alle Vertreter beteiligt sind und da man wichtige Informationen zu spät erhalten habe. Es gebe Probleme der Transparenz, die während des Prozesses nicht aufgelöst wurden. Die eigentliche Vorgabe, die Bürger über die Genialität dieser Idee zu informieren, sei durchgesetzt worden. Aber die Bürger seien angetreten in Erwartung einer wirklichen Beteiligung.

Herr Prof. Dr. Topp merkt an, dass er nicht verstehe, wieso Herr Prof. Rothschuh mit seinem Beitrag das Verfahren demontiert. Er habe selbst viele derartige Verfahren mitgemacht und man habe immer ungeklärte Punkte, in denen man sich uneinig ist.

Dieser Prozess sei geeignet, um die Punkte an die Behörde heranzutragen, die man weiter bearbeitet haben möchte. Diese würden somit in den Planungsprozess eingebracht.

Herr Dr. Osterburg sagt, dass er nicht verstehe, wieso man destruktiv sein sollte.

Frau Hoffenreich fragt, ob man die Punkte aus dem neuen Papier bis morgen in den Kontraktentwurf einarbeiten könnte.

Herr Birzer sagt, dass genau dies sein Vorschlag sei. Er setzt den Zeitpunkt, bis zum dem Änderungen in das Meinungsbild eingebracht werden können, auf Mittwoch, 12:00 Uhr fest und sagt, man könne auch Vorschläge für Positionen einbringen, die in das Papier integriert werden sollen. Er weist nochmals auf seine eigene Neutralität hin, auf die die Teilnehmer der KAG vertrauen müssen, wenn er die Vorschläge entsprechend in das Papier einarbeitet.

Er geht dann zum nächsten Tagesordnungspunkt über, den Ablauf der öffentlichen Informationsveranstaltung am 09.11. Eingangs solle Frau Hajduk die Position der BSU darstellen. Er selbst würde Angaben zum Ablauf des Verfahrens machen. In einem zweiten großen Block solle es eine Podiumsdiskussion mit Vertretern aus diesem Gremium geben, um die einzelnen Positionen zu diskutieren. Diese Diskussion solle ca. 40 Min. dauern. Anschließend stünden ca. 90 Minuten für eine Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung.

Herr Klein regt an, dass neben der Senatorin auch Beteiligte der KAG am Anfang der Veranstaltung kurze Statements abgeben können. Die Bürgerinnen und Bürger müssten einen Eindruck aus der Sicht der jeweiligen Beteiligten bekommen.

Herr Birzer sagt, dies werde mit der Podiumsdiskussion bezweckt.

Herr Klein sagt, es sei wichtig, die einzelnen Positionen ganz am Anfang darzustellen, da den Bürgern nicht klar sei, wie hier gearbeitet wurde.

Herr Birzer bittet um Meldung, wie viele hier ein entsprechendes Statement am Anfang der Veranstaltung abgeben wollen [9 Teilnehmer melden sich]. Er sagt, dass darauf viel Zeit verwendet würde, über eine halbe Stunde.

Herr Biljes fragt, welche Vertreter denn auf dem Podium diskutieren sollen.

Herr Birzer sagt, er habe hier einige im Kopf. Es solle ca.45 Minuten Podiumsdiskussion geben und dann 1,5 Std. allgemeine Diskussion.

Herr Humburg bittet um eine Präzisierung des Zeitplans.

Herr Birzer präzisiert die Angaben.

Herr Humburg fragt, wie die Behörde die Veranstaltung bewirbt.

Herr Prof. Rothschuh schlägt vor, dass Frau Hajduk erst einmal zuhört und sich dann äußert, dies erleichtere die Diskussion.

Herr Benzing sagt, Frau Hajduk habe u.a. beim Workshop intensiv mitgearbeitet und viel zugehört.

Herr Harde bittet Herrn Birzer zu mailen, welche Vertreter für das Podium vorgesehen sind. Er sagt, dass es wichtig sei, dass auch die Bürger sprechen.

Herr Birzer sagt, es sei ein Vertreter der Behörde gesetzt, die anderen Vertreter der KAG sollen heute entschieden werden.

Herr Benzing sagt, dass es auch möglich sei, dass Frau Hajduk am Ende der Veranstaltung eine Stellungnahme abgibt.

Herr Dr. Osterburg sagt, man müsse jetzt eine Besetzung für das Podium finden.

Herr Birzer fragt in die Runde, ob es Vorschläge für die Besetzung gibt.

Herr Biljes schlägt vor, dass neben dem Behördenvertreter weitere Vorschläge bis Freitag gemacht werden.

Herr Birzer sagt, er möchte das gerne heute entscheiden. Er nennt seinen Vorschlag: Herr Prof. Rothschuh, Herr Maass, Herr Hardel, Herr Klein, evtl. Herr Weinreich.

Herr Dr. Osterburg sagt, dass auch Frauen in der Runde wichtig seien. Er schlägt Frau Garlipp statt Herrn Prof. Rothschuh vor.

Herr Böhrnsen sagt, dass ein Vertreter aus dem Bereich Süderelbe/Moorburg wichtig sei.

Herr Humburg möchte wissen, wer Herrn Maass ins Gremium berufen hat.

Herr Birzer sagt, dass dies die BSU war.

Herr Maass erklärt, dass er die Position der Zukunftskonferenz Wilhelmsburg vertritt.

Herr Benzing betont, dass es wichtig sei, dass unterschiedliche Positionen in diesem Gremium und auch bei der Podiumsrunde vertreten sind.

Herr Birzer macht einen Vorschlag für die Zusammensetzung des Podiums. Demnach sollen Frau Garlipp, Herr Prof. Rothschuh, Herr Maass, Herr Klein (oder Herr Biljes), Herr Franke und Herr Hardel auf dem Podium sitzen.

Herr Prof. Rothschuh sagt, er müsse intern abstimmen, wer den Verein Zukunft Elbinsel vertritt.

Herr Klein sagt, auch er müsse intern absprechen, wer die Eigenheimer vertritt.

Herr Biljes weist darauf hin, dass er alle Eigenheimer in Wilhelmsburg vertritt.

Herr Dr. Osterburg sagt, dass vor der Veranstaltung am 09.11. rückgekoppelt werden müsse, wer welchen Vertreter für das Podium schickt.

Herr Benzing sagt, eine interne Abstimmung sei wichtig, aber es sollten Personen auf dem Podium sitzen, die an der KAG beteiligt waren.

Herr Holm sagt, man müsse auch abstimmen, wer von der BSU dabei sein wird.

Herr Birzer sagt, dass dies Herr Franke sein wird.

Herr Franke fragt, ob auch eine Runde der Ortspolitiker denkbar sei.

Herr Birzer sagt, er gehe davon aus, dass die Politik im Plenum ausreichend vertreten sein wird und sich vermutlich auch zu Wort melde.

Herr Fischer stellt seine Position als gewählter Vertreter und Zuhörer in diesem Prozess klar, so wie er es schon in der letzten Sitzung bzgl. seiner Position zum Meinungsbild getan hat.

Herr Dr. Osterburg schließt sich Herrn Fischer an und sagt, Ortspolitiker sollten nicht mitdiskutieren.

Herr Birzer leitet zum letzten Tagesordnungspunkt, der Reflexion des Verfahrens, über. Er fragt, wie es den Teilnehmern jetzt gehe und mit welchem Gefühl sie aus dem Prozess hinausgehen.

Herr Böhrnsen holt für sich selber weiter aus, da er schon lange im Ständigen Gesprächskreis Moorburg dabei ist, der eine intensive Arbeit macht. Man sei verwöhnt gewesen, da sich hier im Laufe der Zeit eine vertrauensvolle Zusammenarbeit entwickelt hat. Das war die Erwartungshaltung, deshalb sei er hier etwas enttäuscht. Er habe aber das Gefühl, dass im Laufe des Prozesses Bewegung in einige Punkte gekommen sei, ohne dass einzelne Positionen aufgegeben werden mussten. Von daher sei es schade, dass der Prozess bereits zu Ende geht. Es sei möglich, über ein längeres Verfahren zu einem Konsens zu kommen.

Frau Hercher-Reis sagt, sie habe nur dreimal an Sitzungen teilgenommen, ihr sei aber aufgefallen, dass viel frontal referiert wurde und dass es wenig Diskussion gab. Sie habe das Gefühl, man redete aneinander vorbei. Es sei zu wenig um das gegangen, was man wirklich wollte, also das Gesamtverkehrskonzept, und es war zu fokussiert auf WRS und HQS.

Herr Sauer sagt, man habe jetzt die Basis, um weiterzuarbeiten. Problematisch sei die Besetzung der Runde. Es habe zu wenige Betroffene gegeben, die sich eingebracht haben. Außerdem sei es ein Problem, dass es keine echte Verhandlung gab, also dass die Positionen nicht nebeneinander gestellt wurden, um darüber zu verhandeln. Aber jetzt sei eine gute Basis vorhanden, um darüber zu verhandeln.

Frau Roszak meint, es wurde hart diskutiert. Sie wertschätze das Verfahren, aber am Anfang hätte man klarer machen müssen, was das Ziel des Verfahrens sein sollte. Man könne es aber in Zukunft besser machen.

Herr Schulz sagt, das Verfahren habe darunter gelitten, dass die Positionen immer wieder losgelöst nebeneinander vorgestellt wurden. Er sagt, es wurde die Chance vertan, hier mit einer Forderung aufzutreten. Wenn hier nun das Meinungsbild zusammengeschrieben würde, könne die Senatorin damit weiterarbeiten. Aber mit der jetzigen Art von Meinungsbild sei die Chance vertan. Als Senatorin würde man nicht mehr wissen, was hier gewollt ist.

Herr Humburg sagt, man müsse in einen Dialog treten und dies gehe nicht ohne Bürger und Entscheidungsträger. Es führe kein Weg an der Bürgerbeteiligung vorbei. Man müsse sich klar machen, dass es mehrere Stufen von Bürgerbeteiligung gibt. Hier sei man auf der ersten Stufe angekommen – der Information der Bürger. Das sei noch nicht viel, erst eine höhere Stufe sei ein echter Dialog. Das Verfahren sei aber noch lange nicht ausgestanden und er sei sich sicher, dass die Projekte so, wie sie jetzt geplant sind, nicht durchsetzbar sind.

Herr Penner sagt, er habe den Eindruck, dass hier ein Angebot zur Kooperation gemacht wurde, das nicht entsprechend angenommen wurde. Er sei enttäuscht, u.a., da viele Initiativen das Verfahren nutzten, um „Politik“ zu machen. Er sei dafür, runde Tische zu organisieren anstatt Frontalveranstaltungen. Dazu gehöre ein Angebot auf der einen und konstruktive Arbeit auf der anderen Seite.

Herr Weinreich sagt, der Beteiligungsprozess sei durch Protest entstanden. Ursprünglich habe man die Hoffnung gehabt, noch mal bei Null anzufangen. Aber der Zeitdruck u.a. wegen der IBA habe dies nicht zugelassen. Die Bürger haben Ängste und hier fehlen die Antworten darauf, deshalb gehen sie demonstrieren. Seine Einschätzung sei auch jetzt, nach dem Prozess, dass er danach schlechter leben werde. Es sei hier viel zu sehr um die Frage gegangen ob es einen Boulevard geben solle oder nicht. Es werde weiter so bleiben, wie es ist.

Herr Fischer äußert, er halte viel von derartigen Prozessen, aber das Problem sei der Verlauf, da nur über HQS und WRS gesprochen wurde, nicht über den Gesamtverkehr Süderelbe. Bestimmte Themen seien nur unzureichend angesprochen worden. Es sollte auch ein Beteiligungsprozess für den Raum südlich der Süderelbe durchgeführt werden

Frau Garlipp schließt sich Herrn Fischer an. Sie habe hier viel gelernt und die Vertreter der BSU/DEGES hätten sich viel Mühe gemacht. Der Prozess habe aber auch viele Macken gehabt. Die Projekte waren zu umfangreich, es ging auch um neue Brücken, die HPA-Planungen. Es habe gestört, dass all diese Themen in einem Beteiligungsprozess behandelt wurden. Sie sei froh, dass es so etwas gibt und hoffe, dass es in Zukunft so weiter geht. Aber es sei ein viel zu großes Projekt. Sie habe aber festgestellt, dass man auch mit verschiedenen Wünschen an einem Strang ziehen und vieles bewegen kann.

Herr von Eitzen sagt, dass viele Fragen nicht beantwortet wurden, dass aber andererseits auch vieles beantwortet wurde, worauf man keine Antwort erwartet hatte. Methodisch sei aber nie klar gewesen, woran gerade gearbeitet werden soll. Den Punkt Verkehrskonzept habe man nur gestreift, aber nie systematisch bearbeitet.

Herr Prof. Rothschuh sagt, man habe sich hier auf der Elbinsel bzgl. der Verkehrsplanungen schon mit Senatoren unterschiedlichster Parteien auseinandersetzen müssen. Es sei klar, dass Verkehrssenatoren bestimmte Ziele verfolgen, was ihrer Funktion geschuldet sei. Ein

Punkt habe das Verfahren bestimmt: Im Sommer 2008 habe Frau Hajduk die Idee der Verlegung der WRS übernommen. Sie sei dann selber überrascht gewesen, dass es autobahnartig werden soll und habe geäußert, man solle den Autobahnbegriff vermeiden. Es sei aber klar gewesen, dass Frau Hajduk das durchziehen will. Das Ergebnis der ersten Diskussion hierzu sei gewesen, dass es nicht Fernstraßenplanung, sondern Verkehrsplanung heißen soll. Es sei auch eine Frage des Raums: Die Überschrift „Hamburger Süden“ sei problematisch, Wilhelmsburg sei nicht Hamburgs Süden, Veddel schon gar nicht.

Die Verbindung von Stadt und Hafen sei hier einmalig in Europa. Man hätte sich den Raum näher angucken sollen.

Herr Lübke sagt, er habe nur teilweise als Gast am Verfahren teilgenommen. Im Verfahren sei ihm bewusst geworden, dass es die BSU so gar nicht gibt, sondern dass es mehrere Ämter sind. Er habe den Eindruck, dass die Vertreter der BSU nur gekommen seien, weil sie eben mussten. Am Ende des Verfahrens habe die BSU sich nicht bewegt, die Bürger hätten sich aber auch nicht viel bewegt. Es sei ein Lernprozess und es sei deutlich, dass die Bürger den Dialog wollen, sonst seien sie nicht gekommen.

Herr Wiesner sagt, das Beteilungsverfahren sei grundsätzlich gut. Das Problem sei, dass es insgesamt zu wenig Zeit gab. Es sei wichtig, den gesamten Verkehrsraum zu betrachten und mehr Grundlagen heranzuziehen, um dann über die Zukunft zu reden. Es sei wichtig, das Ganze auf das Gesamtverkehrskonzept aufzuweiten. Was von der Behörde kommt sei schwerfällig. Es sei wichtig, dass von Seiten der BSU jemand mit Entscheidungsbefugnis teilnimmt.

Frau Hoffenreich sagt, der Prozess beruhe darauf, dass ganz viele Infos weitergegeben werden. Es sei wichtig, dass man erstmal über so viele Infos verfügt, dass klar ist, worum es geht. Das sei sehr schwierig und umfangreich. Wenn der Eindruck entsteht, dass man über alles verfügt, was man wissen möchte, habe man bereits eine wichtige Grundlage geschaffen.

Der Prozess sei durch die Standortentwicklung angestoßen worden. Es sei wichtig, Stadt- und Verkehrsplanung hier integriert zu betrachten.

Herr Maass sagt, der Vorwurf, das Gremium habe unter parteipolitischer Beeinflussung gestanden, sei nicht gerechtfertigt. Wer kritisiert, das Gremium sei „handverlesen“, verschweigt, dass Frau Hajduk ihre schärfsten Kritiker eingeladen hat. Gleichwohl habe Parteipolitik eine Rolle gespielt, auch vor dem Hintergrund der Bundestagswahl.

Die Themen WRS und HQS hätte man frühzeitig trennen sollen, da sie unabhängig voneinander funktionieren. Er habe den Eindruck, dass das Verfahren von Anfang an torpediert werden sollte. Er halte die Forderung für überzogen, dass die Planung während des Verfahrens stillzustehen hat. Dies sei unangemessen. Als Beispiel nennt er die Reduzierung des Querschnitts der WRS, die man während des Prozesses vorgenommen habe.

Er fragt, ob man in dieser Runde wirklich so weit auseinander sei. Er möchte wissen, wer wirklich glaubt, die WRS würde noch einmal so wie im Bestand gebaut werden.

Er vermisse am Ende einen konstruktiven Vorschlag. Auch der Vorschlag für den Boulevard funktioniere nicht. Er sei für die Verlegung der WRS.

Herr Benzing merkt bzgl. des Vorwurfs von Herrn Lübke an, dass die BSU-Vertreter nicht nur zu den Veranstaltungen gekommen seien, weil sie eben mussten. Seitens der BSU sei viel Zeit und Aufwand investiert worden, um das Verfahren zu unterstützen.

Herr Biljes sagt, er gehe mit einem unerfüllten Gefühl aus dem Verfahren. Das Verfahren sei auch seinem Titel nicht gerecht geworden. Außerdem fragt er, ob tatsächlich so viele Behördenvertreter bei einem derartigen Prozess anwesend sein müssen. Er habe das Gefühl, man habe sich von Seiten der BSU nicht darauf vorbereitet, was die Bürger wollen. Man hätte sich auf die Kernfragen der Bürger besser vorbereiten müssen, da diese beantwortet werden müssen.

Er schlägt vor, dass der Moderator sich jemanden zu Hilfe nimmt, der die Wortmeldungen registriert.

Herr Holm weist noch einmal darauf hin, dass das Verfahren nicht als Geschenk sondern durch massive Proteste entstanden sein. Deshalb habe er erwartet, dass es auch um diese Probleme geht, also das Gesamtverkehrskonzept. Es sei aber fokussiert gewesen auf zwei Straßenbauprojekte. Das ändere nichts an den Problemen der Wilhelmsburger. Frau Hajduk habe damit zu kämpfen, dass die Bürger den Dialog suchen mit jemandem, der sich darauf einlässt. Das Ergebnis des Verfahrens sei eingeschränkt – Beteiligung sei mehr als bloße Information. Außerdem habe das Verfahren nicht auf Augenhöhe stattgefunden. Ohne die Projektleitung kritisieren zu wollen sagt er, dass die Bürger hätten entscheiden müssen, wer den Prozess leitet und die Gutachten erstellt. Problematisch sei auch, dass es von Anfang an nicht um die Frage gegangen sei, was am besten für Wilhelmsburg ist, sondern darum, wie man am wenigsten Geld ausgibt. Er weist den Vorwurf der „Parteilpolitik“ im Verfahren zurück.

Herr Franke sagt, er habe mehrere derartige Projekte begleitet und nennt einige Beispiele. Er habe das Klima hier als angenehm gefunden. Abgesehen von kleinen Scharmützeln zwischendurch sei es ein angenehmer Prozess gewesen.

Es sei aber schwierig, der Forderung des Gesamtverkehrskonzeptes nachzukommen. Die Ist-Situation sei in vielen Bereichen schon gut, z.B. bzgl. ÖPNV oder Hafenbahn. Es sei in naher Zukunft keine Änderung der Mobilitätsparadigmen zu erwarten, dieser Prozess dauere noch. Man könne nicht von heute auf morgen alle Verkehrsprobleme lösen.

Die BSU habe in diesem Verfahren auch gelernt und man werde im nächsten Jahr ein Gesamtmobilitätskonzept zusammenstellen. Sein Fazit sei, dass man gut zusammengearbeitet hat und dass es viele Anregungen gegeben hat. Man hätte aber noch mehr in kleinen Gruppen konstruktiv diskutieren müssen.

Herr Weinreich sagt, es sei eine Sensibilität dafür entstanden, was die Wilhelmsburger wollen. Es fehle, dass man die Probleme der vorherigen Diskussionen aufgreift. Frau Hajduk solle abschließend zu dem Prozess sagen, was sie mitgenommen hat und was sie für Wilhelmsburg erreichen kann.

Herr Birzer erzählt, dass sein Berater ihn, als er von dem bevorstehenden Projekt berichtete, fragte, ob er sich das wirklich antun wolle. Jetzt, am Ende des Verfahrens, sei er mit dem Ergebnis mittelmäßig zufrieden. Er habe vieles gern anders machen wollen und vieles sei nicht möglich gewesen. Mit dem heutigen Stand sei er aber weitestgehend zufrieden in der Hinsicht, dass man hier am Anfang einer wichtigen Entwicklung stehe.

Er bedankt sich fürs Durchhalten sowie die konstruktive Diskussion und beendet die Sitzung.

(Ende: 21:30 Uhr)

gez. Johannes Bouchain

04.11.2009